

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt die Anfragen und Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2017 / 2018 und die Antworten bzw. Stellungnahmen der Verwaltung hierzu zur Kenntnis.

Darüber hinaus nimmt der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel die verwaltungsseitigen Änderungen der Haushaltsansätze des Haushaltsplanentwurfes 2017/2018 zur Kenntnis und empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss keine / folgende Änderungen:

Sachverhalt:**1. Anfragen und Anträge der Fraktionen**

Der Verwaltung liegen seitens der Fraktionen Anfragen und Anträge zum Haushaltsentwurf 2017 / 2018 vor. Die den Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel betreffenden Anfragen und Anträge sowie die Antworten bzw. Stellungnahmen der Verwaltung hierzu sind nachstehend dargestellt:

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
UWG	19	Antrag	neues Produkt bzw. neue Produktgruppe		<p><u>Antrag:</u> Wir wiederholen hiermit noch einmal unseren Antrag den Bereich "Flüchtlinge" in den Folgejahren in einem gesonderten Produkt bzw. einer neuen zusätzlichen Produktgruppe auszuweisen.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Einrichtung einer gesonderten Produktgruppe wird von der Verwaltung befürwortet.</p> <p><u>Beschlussentwurf Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel:</u> Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel beauftragt die Verwaltung, zur Darstellung der Erträge und Aufwendungen für die Flüchtlingsbetreuung eine gesonderte Produktgruppe 1.05.03 "Asylleistungen" einzurichten.</p>
UWG	2	Anfrage	Sachkonto 529100 sonst. Sach-	25 Vorbe-	<p><u>Anfrage:</u> Was fällt alles in diesen Bereich und wie ist die Steigerung zu erklären? Ansatz 2016 ca. 950.000 €, 2017 ca. 1,220 Mio. €, 2018 ca. 1,066 Mio. €</p>

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlus-entwürfe der Verwaltung
			und Dienstleistungen	richt	<p>Antwort der Verwaltung: Die Steigerung betrifft hauptsächlich die Produktgruppe 1.05.02 (Soziale Einrichtungen) im Zusammenhang mit der zum Zeitpunkt des Haushaltsentwurfes 2017/2018 erwarteten Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Es handelt sich um Planwerte für die Flüchtlingsbetreuung (in 2017 Malteser 443.000 € in 2017, 387.000 € in 2018) und den Sicherheitsdienst in Flüchtlingsunterkünften (707.000 € in 2017, 617.000 € in 2018); Die kostenintensiven Flüchtlingsunterkünfte Wallrafstraße (TH Bornheim) und Am Ühlchen (Erntehelferunterkünfte) konnten zwischenzeitlich aufgegeben werden.</p>
Grüne	3	Anfrage	Sachkonto 533830 Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	27 Vorbericht	<p>Anfrage: Wie schlüsseln sich die Kosten auf? Bitte die realen Kosten inkl. Nachtragshaushalt erläutern.</p> <p>Antwort der Verwaltung: Die Ansätze wurden wie folgt ermittelt: Ansatz Entwurf Doppelhaushalt: in 2017: 3.719.000 € in 2018: 3.246.000 €</p> <p>Der Ansatz im Haushaltsplanentwurf (Stand Mai 2016) setzt sich aus dem Durchschnitt der tatsächlichen Aufwendungen pro Flüchtling in 2016, zzgl. der Kosten der Unterkunft, multipliziert mit der angenommenen Anzahl an Flüchtlingen zusammen. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung wurde von einer Flüchtlingszahl von 628 Menschen ausgegangen, die in 2017 Anspruch auf Leistungen nach dem AsylbLG haben. Hierbei wurde von durchschnittlichen Kosten von 330 € je Flüchtling / Monat zzgl. Unterkunftskosten ausgegangen.</p> <p>Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Flüchtlingssituation wurden die Haushaltsansätze überprüft und korrigiert. Für das Haushaltsjahr 2017 wird von einer Flüchtlingszahl von 457 Flüchtlingen ausgegangen. Zudem beinhaltet der Ansatz nicht mehr die Unterkunftskosten, da diese bei der Produktgruppe 1.01.15 Gebäudemanagement veranschlagt sind. Bei durchschnittlichen Kosten von 330 € je Flüchtling / Monat ergeben sich folgende Ansätze: (S. Änderungsliste): in 2017: 1.809.720 €</p>

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlus- entwürfe der Verwaltung
					in 2018: 1.627.560 €
FDP	4a	Anfrage	1.01.12 TUI	66	<p>Anfrage: Wie kommen Kostensteigerungen pro Schüler von 2015 auf 2016 zustande?</p> <p>Antwort der Verwaltung: Bei der Berechnung der Kennzahlen haben sich die Basisdaten geändert; Die Zuordnungen der entsprechenden IT-Aufwendungen werden überprüft und für alle Zeiträume von 2015 bis 2021 korrigiert.</p>
FDP	4b	Anfrage	1.01.12 TUI	66	<p>Anfrage: Wie kommen die Unterschiede der Kosten pro Schüler von Gymnasium und Gesamtschule zustande?</p> <p>Antwort der Verwaltung: Bei der Berechnung der Kennzahlen haben sich die Basisdaten geändert; Die Zuordnungen der entsprechenden IT-Aufwendungen werden überprüft und für alle Zeiträume von 2015 bis 2021 korrigiert.</p>
FDP	15a	Antrag	1.01.17 Inklusion und Demographie	104	<p>Antrag: Aufwendungen für die Weiterentwicklung des Aktionsplanes "Inklusion in Bornheim" 20.000 € streichen</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Mittel dienen einerseits der Finanzierung der für den Bildungsbereich jährlich stattfindenden Zukunftswerkstatt. Darüber hinaus wurde auf Beschluss des Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel in 2014 der Bornheimer Aktionsplan "Inklusive Bildung" erstellt, der auf der Basis einer Evaluation fortgeschrieben werden soll. In diesem Zusammenhang ist auf der Grundlage des im Sommer 2016 in Kraft getretenen ersten Gesetzes zur Stärkung der Sozialen Inklusion in NRW eine über den Bildungsbereich hinausgehende Weiterentwicklung des Aktionsplanes geplant.</p> <p>Beschlusstentwurf Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel: Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>

Gelöscht: ¶

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlus-entwürfe der Verwaltung
FDP	15b	Antrag	1.01.17 Inklusion und Demographie	104	<p>Antrag: Externe Begleitung der 2. und 3. Phase des demographischen Entwicklungskonzeptes 2017: 80.000 €, 2018: 50.000 €, streichen</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Auf Beschluss des Rates wurde in 2016 die Erstellung eines demographischen Entwicklungskonzeptes beauftragt. Die in diesem Zusammenhang bisher ermittelten Daten zeigen, dass auch Bornheim von demographischen Veränderungen betroffen ist. Die Analyse und Steuerung dieses Veränderungsprozesses wird eine wesentliche Zukunftsaufgabe darstellen, die interdisziplinär gestaltet und extern begleitet werden soll. Die eingeplanten Mittel dienen der Finanzierung der externen Prozessbegleitung und -moderation sowie der Umsetzung erster Handlungsempfehlungen.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel: Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
CDU	29	Antrag	1.01.17 Inklusion und Demographie	104	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Mittel für das Projekt 'Demographischer Wandel' vorerst zu streichen und anstelle dessen die Mittel für den Seniorenbeirat und das Jugendparlament jeweils zu verdoppeln. Die zuständige Demographie-Beauftragte soll zukünftig bei allen Entwicklungen in der Stadt Bornheim Stellungnahmen in Bezug auf den demographischen Wandel für die entsprechenden Ausschüsse abgeben (StEA, ASS, JHA).</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Auf Beschluss des Rates wurde in 2016 die Erstellung eines demographischen Entwicklungskonzeptes beauftragt. Die in diesem Zusammenhang bisher ermittelten Daten zeigen, dass auch Bornheim von demographischen Veränderungen betroffen sein wird. Die Analyse und Steuerung dieses Veränderungsprozesses wird eine wesentliche Zukunftsaufgabe darstellen, die interdisziplinär gestaltet und extern begleitet werden soll. Die eingeplanten Mittel dienen der Finanzierung der externen Prozessbegleitung und -moderation sowie der Umsetzung erster Handlungsempfehlungen.</p> <p>Die Demographie-Beauftragte hat nach der Gemeindeordnung keine besondere Stellung in der Verwaltung. Sie ist Teil der einheitlichen Verwaltung, die vom Bürgermeister vertreten wird.</p>

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
					<p>Im Übrigen verfügen die genannten Beiräte über eine ausreichende Finanzierung für die Umsetzung der von ihnen beabsichtigten Projekte. Grundsätzlich handelt es bei den Mitteln der Beiräte um freiwillige Leistungen.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel: Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
Grüne	4	Anfrage	1.01.17 Inklusion und Demographie	104	<p>Anfrage: Die Personalkosten steigen um ca. 50%. Warum? Warum gibt es 2017/2018 keinen Ansatz mehr für die Förderung der Inklusion (Zuwendungen und allgemeine Umlagen) Fördert das Land nicht mehr?</p> <p>Antwort der Verwaltung: Die Personalkostenzuordnung wurde an die zwischenzeitlich erfolgte Stellenbesetzung angepasst. Die Zuordnung der Pensionsrückstellungen wurde ebenfalls entsprechend angepasst. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2015/2016 war die konkrete Besetzung noch nicht absehbar.</p> <p>Die Ansätze für die Förderung der Inklusion wurden zunächst als allgemeine Finanzmittel in der Produktgruppe 1.16.01 abgebildet, allerdings wegen Zweckmäßigkeit doch wieder unter 1.01.17 eingestellt (siehe Änderungsliste).</p>
Grüne	5	Antrag	1.01.17 Inklusion und Demographie	104	<p>Antrag: Demographischer Wandel stellt aus unserer Sicht ein strategisches Handlungsfeld dar. Allerdings sollten Ausgaben gezielt und ergebnisorientiert erfolgen. Wie erklären sich die angesetzten Kosten für externe Begleitung? Da aus dem Haushalt 2015/2016 keine Ergebnisse zur 1. Phase vorliegen, sind diese Positionen ebenso wie der externe Dienstleister zu hinterfragen. Der Bürgermeister wird beauftragt, ein klares Ergebnisziel für die Phasen zu definieren mit Zielstellung und Business Case und den Rat bzw. den bezogenen Ausschuss bei der Zielsetzung, dem Terminplan und der Auswahl des Dienstleisters einzubeziehen. Die Mittel sind im Haushalt so mit einem Sperrvermerk zu versehen, dass die Mittel nur freigegeben werden, wenn die oben genannte Zielstellung vorliegt.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Der externe Dienstleister hat in 2016 einen ersten Entwurf eines Demographie-Berichts vorgelegt,</p>

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
					<p>der noch der Abstimmung innerhalb der Verwaltung und einer Fortschreibung bedarf. Die bisher erbrachten Leistungen wurden noch nicht abgerechnet.</p> <p>Die 2. Phase des Projektes sieht die Beteiligung der Bevölkerung, also der Bürgerschaft, der Vereine, Verbände, Organisationen, Interessenvertretungen u. ä. vor. Die Beteiligung soll in Form von Workshops und Befragungen durchgeführt werden, für deren externe Moderation bzw. Begleitung die jetzt eingestellten Mittel veranschlagt wurden. Die Verwaltung wird dem Rat mit dem Berichtsentwurf auch die weitere Prozesskonzeption zur Beratung und Festlegung der strategischen Entwicklungsziele vorlegen.</p> <p><u>Beschlussentwurf Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel:</u> Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
FDP	16	Antrag	1.01.17 Inklusion und Demographie	105	<p><u>Antrag:</u> Investitionsmaßnahme Umsetzung demographisches Entwicklungskonzept streichen</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Auf Beschluss des Rates wurde in 2016 die Erstellung eines demographischen Entwicklungskonzeptes beauftragt. Die in diesem Zusammenhang bisher ermittelten Daten zeigen, dass auch Bornheim von demographischen Veränderungen betroffen ist. Die Analyse und Steuerung dieses Veränderungsprozesses wird eine wesentliche Zukunftsaufgabe darstellen, die interdisziplinär gestaltet und extern begleitet werden soll. Die eingeplanten Mittel dienen der Finanzierung der externen Prozessbegleitung und -moderation sowie der Umsetzung erster Handlungsempfehlungen. Bei einer Streichung der investiven Ansätze in Höhe von jeweils 50 T€ in den Jahren 2017 und 2018 müssten ggf. erforderliche Mittel zur Deckung eines konkreten investiven Umsetzungsbedarfs im Rahmen der Bewirtschaftung des Haushalts bereitgestellt werden.</p> <p><u>Beschlussentwurf Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel:</u> Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
SPD	3	Anfrage	1.03 Schulträgeraufgaben	140	<p><u>Anfrage:</u> Unter welcher Position werden die Einnahmen aus dem Investitionsprogramm "Gute Schule 2020" berücksichtigt?</p>

Gelöscht:

Gelöscht:

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlus-entwürfe der Verwaltung
					<p><u>Antwort der Verwaltung:</u></p> <p>Die Verwaltung hat nach Vorliegen des Entwurfes des Erlasses des MIK NRW zum Gesetz über die Leistung von Schuldendiensthilfen für Kredite im Rahmen des Programms "Gute Schule 2020" einen jährlichen Ertrag aus Transferleistungen von rd. 785.000 € für die Jahre 2017 bis 2020 in den Veränderungsprozess bei der Produktgruppe 1.16.01 Allgemeine Finanzwirtschaft aufgenommen.</p>
FDP	19	Anfrage	1.03.01 Grundschulen	146	<p><u>Anfrage:</u> Können die Telefonkosten für Grundschulen gesenkt werden? Welche Telefonverträge wurden für die Verwaltungs- und Schulgebäude der Stadt Bornheim generell abgeschlossen und wann wurde zuletzt ausgeschrieben?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u></p> <p>Für Telefon- und Internetanschlüsse im Festnetz für Verwaltungsgebäude, Schulgebäude, Kindertagesstätten etc. existieren Einzelverträge, die zum Teil in Sammelkundennummern zusammengefasst sind. In der Regel ist die Fa. NetCologne GmbH, Köln, Vertragspartner.</p> <p>Aktuell steht die Verwaltung mit der Fa. NetCologne GmbH in Verhandlungen, um für die pädagogischen Netze der Schulen eine kostenlose Anbindung an das Glasfasernetz zu erreichen. Gleichzeitig steht die Verwaltung mit der Fa. NetCologne GmbH in Verhandlungen, um für die Verwaltungsnetze der Schulen, die Kindertagesstätten und die Verwaltungsgebäude eine Optimierung der Tarifstruktur zu erreichen.</p> <p>Die Tarifstruktur wird regelmäßig überprüft und optimiert. Zuletzt konnte 2014 eine deutliche Reduzierung der Telefonkosten für Verwaltungsgebäude, Schulen und Kindertagesstätten erreicht werden. Die Leistungen sind bisher nicht ausgeschrieben worden.</p>
Grüne	16	Antrag	1.03 Schulträgeraufgaben	147	<p><u>Antrag:</u> Der BM wird beauftragt, eine deutliche Erhöhung der Sekretärinnen-Stunden an Grundschulen vorzunehmen und die Mittel, bzw. Stellen im Haushalt 2017/2018 einzustellen.</p> <p>Eine Erhöhung ist dringend geboten, da</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. durch die zusätzlichen Herausforderungen durch Inklusion neue Aufgabengebiete hinzugekommen sind. 2. durch die zusätzlichen Herausforderungen durch Integration von Flüchtlingskindern eine Vielfalt von Aufgaben und Regelungsbedarf zwischen vielen verschiedenen Institutionen, Klärung von Fragen etc. hinzugekommen sind.

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlus- entwürfe der Verwaltung
					<p>3. für beide SchülerInnengruppen eine Vielzahl neuer Abfragen durch Schulamt und Kommune auf die Sekretariate einstürmen.</p> <p>Darüber hinaus müssen die Sekretariate an jedem Morgen ab 8 Uhr besetzt sein, um einen reibungslosen Ablauf und die Sicherheit der SchülerInnen auf dem Weg zur Schule, durch tägliche Entgegennahme von Krankmeldungen und Überprüfung der Anwesenheit, zu garantieren. Folgende Sekretariate sind noch nicht täglich besetzt: Merten, Rösberg, Waldorf, Walberberg, Sechtem, Roisdorf. Bei der Bemessung der Stundenzahl darf darüber hinaus die SchülerInnenmenge nur anteilig gewichtet werden. Eine große Rolle muss die individuelle Struktur einer Schule spielen, das heißt die Berücksichtigung der Kriterien, die einen erhöhten organisatorischen Zeitaufwand bedeuten: * jahrgangsübergreifender Unterricht erfordert ein deutliches Mehr an organisatorischen Buchungsabläufen * Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf müssen aktualisiert gelistet und die Anträge bearbeitet und versendet werden * Flüchtlingskinder erfordern spezielle ständig aktualisierte Kontaktlisten * sonstige Kinder mit Migrationshintergrund * "BUT-Kinder"</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Es handelt sich um einen Antrag, der im Grundsatz den Stellenplan betrifft.</p> <p>Die Verwaltung bereitet derzeit auf Basis der KGST-Gutachten eine Untersuchung der Bereiche Schulhausmeister- und Schulsekretärinnen vor, soweit die im Haushalt 2017/2018 unter 1.01.11 Organisation vorgesehenen Mittel zur Verfügung stehen. Soweit sich bei dieser Betrachtung stellenbezogene Mehrbedarfe verifizieren lassen, wird hierzu eine entsprechende Gremienunterrichtung erfolgen. Grundsätzlich muss sich der Stellenbedarf an der konkreten Aufgabenerledigung orientieren. Die Verwaltung weist daraufhin, dass grundsätzlich die Personalbemessung und der Personaleinsatz in die Organisationshoheit und alleinige Zuständigkeit des Bürgermeisters fallen.</p> <p><u>Beschlussentwurf Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel:</u></p>

Gelöscht:

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlus- entwürfe der Verwaltung
					Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.
FDP	20	Anfrage	1.03.03 Gymnasien	156	<p>Anfrage: Sind die angesetzten Summen für 2017 und 2018 aus den Erfahrungen der letzten Jahre nicht zu niedrig angesetzt? Wäre es sinnvoller, einen Mittelwert der letzten Jahre anzusetzen?</p> <p>Antwort der Verwaltung: Die Ermittlung der Haushaltsansätze erfolgte auf der Grundlage einer von den Schulen vorgelegten Bedarfsliste. In diesem Zusammenhang wurden mit allen Schulen Gespräche geführt. Hierbei wurden die beantragten und notwendigen Maßnahmen priorisiert und in Abstimmung mit den Schulen bedarfsgerecht und zweckgemäß nach Dringlichkeit in den Haushalt eingestellt.</p>
FDP	21	Anfrage	1.03.04 Gesamtschulen	160	<p>Anfrage: Sind die angesetzten Summen für 2017 und 2018 aus den Erfahrungen der letzten Jahre nicht zu niedrig angesetzt? Wäre es sinnvoller, einen Mittelwert der letzten Jahre anzusetzen?</p> <p>Antwort der Verwaltung: Die Ermittlung der Haushaltsansätze erfolgte auf der Grundlage einer von den Schulen vorgelegten Bedarfsliste. In diesem Zusammenhang wurden mit allen Schulen Gespräche geführt. Hierbei wurden die beantragten und notwendigen Maßnahmen priorisiert und in Abstimmung mit den Schulen bedarfsgerecht und zweckgemäß nach Dringlichkeit in den Haushalt eingestellt.</p>
Grüne	18	Anfrage	1.03.07 Sonst. schulische Aufgaben	166	<p>Anfrage: Das Haushaltssicherungskonzept sieht die Prüfung zur Umstellung des Schülerspezialverkehrs auf den ÖPNV vor. Wurde die Prüfung durchgeführt und wenn ja, mit welchem Ergebnis. Welche Möglichkeiten der Optimierung gibt es, die Bedarfe abzudecken, insbesondere durch Verlängerung oder Erweiterung von bestehenden Routen, um auf aktuelle Bedarfe zu reagieren (z.B. Anmeldung von 20 Grundschulern aus Brenig in der Grundschule Waldorf). Welche Kosten entstehen und welche Kostenbeteiligung der Eltern ist möglich?</p> <p>Antwort der Verwaltung: Eine Umstellung vom Schülerspezialverkehr auf den ÖPNV ist in der Vergangenheit bereits mehrfach geprüft und untersucht worden (siehe zuletzt Vorlage 050/2014-4). Die letzte Untersuchung endete mit einer Neuausschreibung der bisherigen Schülerspezialverkehre.</p> <p>Der Vertrag über die Beförderung von Schülerinnen und Schülern im Schülerspezialverkehr der</p>

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlus-entwürfe der Verwaltung
					<p>Stadt Bornheim hat noch bis zum 31.07.2018 Gültigkeit.</p> <p>Die Prüfung einer möglichen Umstellung des Schülerspezialverkehrs auf den ÖPNV für die weiterführenden Schulen (Europaschule, Heinrich-Böll-Sekundarschule) wird von der Verwaltung derzeit vorbereitet. Über das Ergebnis der Prüfung und mögliche Alternativen wird die Verwaltung den Ausschuss für Schule, Soziales und demografischen Wandel informieren.</p> <p>Die Verwaltung beabsichtigt, den Schülerspezialverkehr für die Grundschulen der Stadt Bornheim weiterhin im Rahmen des bestehenden Systems durchführen zu lassen. Eine Umstellung auf den ÖPNV ist nicht vorgesehen.</p> <p>Eine Verlängerung oder Erweiterung von bestehenden Routen, um auf jeweils aktuelle Bedarfe zu reagieren, ist im Rahmen des aktuellen Vertrages nicht möglich und müsste künftig im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens geprüft werden. Grundlage für die bestehende Routenplanung sind die Schuleinzugsbereiche. Eine Anpassung an alle Einzelwünsche würde zu einer Kostensteigerung führen und wäre auch schwierig zu händeln.</p>
Die LIN-KE	7	Anfrage	1.03.07 Sonst. schulische Aufgaben	166	<p>Anfrage: Schülerbeförderung: Wieso steigen die Kennzahlen für die Kosten der Beförderung bei gleichen Schülerzahlen, trotz vermutl. sinkender Anspruchsteller?</p> <p>Antwort der Verwaltung: Der Ansatz beinhaltet eine lineare Erhöhung als Sicherheitsreserve für unvorhersehbare Sonderfahrten im Rahmen des Schülerspezialverkehrs sowie Preisanpassungen für Treibstoff die im Rahmen des Vertrages mit dem Busunternehmen vereinbart sind.</p>
UWG	8	Anfrage	1.03.07 Sonst. schulische Aufgaben	167	<p>Anfrage: Für 2017 und 2018 sind zum 1. Mal Transferaufwendungen von ca. 130.000 € eingestellt. Wofür?</p> <p>Antwort der Verwaltung: Die Transferaufwendungen werden nicht zum 1. Mal veranschlagt. Es handelt sich um Aufwendungen für die Schulsozialarbeit, die von der Bezirksregierung mit 60% (77.904 €, Zeile 2 des Teilergebnisplanes zur Produktgruppe 1.03.07 des Haushaltsentwurfes 2017/2018) bezuschusst werden. Im Doppelhaushalt 2015/2016 wurden entsprechende Erträge und Aufwendungen bei der Produktgruppe 1.06.03 Erzieherische Hilfen veranschlagt.</p>

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
CDU	30	Antrag	1.03.07 Sonst. schulische Aufgaben	167	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, für die Jahre 2018 ff. Haushaltsmittel für die Weiterführung der Schulsozialarbeit einzuplanen.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung:</p> <p>Die Mittel für die Schulsozialarbeit sind von 2017 bis 2021 eingeplant; die Aufwendungen werden voraussichtlich von der Bezirksregierung mit 60% (77.904 €, Zeile 2 des Teilergebnisplanes zur Produktgruppe 1.03.07 des Haushaltsentwurfes 2017/2018) bezuschusst. Die Verwendung der Mittel ist förderungsabhängig.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel: Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
Grüne	6	Anfrage	1.03.07 Sonst. schulische Aufgaben	167	<p>Anfrage: Soll der Schulentwicklungsentwicklungsplan wieder an dasselbe Büro vergeben werden oder wird neu ausgeschrieben?</p> <p>Antwort der Verwaltung:</p> <p>Hierzu wird auf die gesonderte Vorlage 055-2017 hingewiesen.</p> <p>Die Verwaltung beabsichtigt darüber hinaus, im kommenden Jahr den Schulentwicklungsplan fortzuschreiben zu lassen. In diesem Zusammenhang werden seitens der Verwaltung vorab Anforderungskriterien an den künftigen Schulentwicklungsplan erstellt. Im Anschluss hieran beabsichtigt die Verwaltung, im Rahmen einer freihändigen Vergabe Angebote für die Erstellung eines Schulentwicklungsplanes einzuholen.</p>
FDP	-	Antrag	1.05.02 Soziale Einrichtungen	194	<p>Antrag: Erhebung einer Kennzahl "Flüchtlingskostendeckung".</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung:</p> <p>Die Verwaltung hat keine Bedenken, wie beantragt zu beschließen. Zwischenzeitlich liegt ein KGSt-Bericht 04/2016 "Kommunales Flüchtlingsmanagement - Leitfaden für die Kostenrechnung" vor, welcher auch Kostenrechnungsmodelle aus der Praxis enthält. Die Verwaltung wird auf dieser</p>

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlus- entwürfe der Verwaltung
					<p>Grundlage und mit den Daten des aufzustellenden Jahresabschlusses 2016 einen Vorschlag für eine solche Kennzahl entwickeln und dem Haupt- und Finanzausschuss im ersten Quartal 2017 berichten.</p> <p><u>Beschlussentwurf Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel:</u> Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:</p> <p><u>Beschlussentwurf Haupt- und Finanzausschuss:</u> Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beauftragt die Verwaltung, eine Kennzahl "Flüchtlingskostendeckung" zu erheben.</p>
Grüne	9	Anfrage	1.05.02 Soziale Einrichtungen	194	<p><u>Anfrage:</u> Die weitere Untergliederung der Produktgruppe taucht nur in der Beschreibung auf. Die auf Seite 194 gelisteten Untergruppen 1.05.02.01 bis .03 finden sich im weiteren Fortgang nicht wieder. Warum? Wo sind die Kosten für diese Untergruppen detailliert abgebildet?</p> <p><u>Antwort der Verwaltung:</u> Die Gemeindehaushaltsverordnung sieht keine Untergliederung nach Produkten vor. Daher sind die Haushaltspläne und Jahresabschlüsse durchgängig auf Ebene der Produktgruppen dargestellt.</p>
Grüne	10	Antrag	1.05.02 Soziale Einrichtungen	194	<p><u>Antrag:</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Zukunftswerkstatt Integration & Partizipation zu planen und in 2017 durchzuführen. Für die Kosten sind mit 7.500 € im Haushalt einzustellen. Die Durchführung kann aus Kostengründen auch in Bornheim, z.B. in der Jugendakademie stattfinden. Ferner ist zu prüfen, ob eine alternierende Durchführung der eingeführten Zukunftswerkstatt Bildung/Inklusion mit der neu aufzusetzenden Zukunftswerkstatt Integration & Teilhabe sinnvoll ist.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Im Rahmen des von der Verwaltung zu erstellenden Integrationskonzeptes ist beabsichtigt, mit allen Akteuren Gespräche zu führen. In diesem Zusammenhang kann auch der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne thematisiert werden. Das Thema Integration war in der Vergangenheit bereits Bestandteil verschiedener Zukunftswerkstätten. Die Verwaltung hat keine Bedenken, bei zukünftigen Zukunftswerkstätten das Thema Integration und Partizipation verstärkt zu behandeln und den Teilnehmerkreis entsprechend anzupassen.</p>

Gelöscht: .

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlus- entwürfe der Verwaltung																					
					Beschlusstentwurf Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel: Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.																					
UWG	9	Anfrage	1.05.02 Soziale Einrichtungen	198	<p>Anfrage: In den Erläuterungen zu Zeile 13 wird für sonstige Sach- u. Dienstleistungen eine Summe von 1.150 Mio. € für 2017 und in 2018 von 1.004 Mio. € ausgewiesen. Ist es möglich, diesen Betrag noch etwas aufzuschlüsseln?</p> <p>Antwort der Verwaltung: Es handelt sich um geplante Aufwendungen für die Flüchtlingsbetreuung, und zwar: in 2017: durch den Malteser Hilfsdienst 443.000 € und Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften 707.000 € in 2018: Malteser 387.000 € und Sicherheitsdienste 617.000 €</p>																					
UWG	16	Anfrage	1.05.02 Soziale Einrichtungen	198	<p>Die Transferaufwendungen sind lt. Haushaltsplanentwurf 2017/2018 von 2,163 Mio. € in 2016 auf 5,616 Mio. € in 2017 und auf 5,055 Mio. € in 2018 gestiegen. Laut Erläuterung ergibt sich für 2017 jedoch ein Ansatz von 6,178 Mio. € und für 2018 von 5,392 Mio. €. Demnach wäre der Ansatz im Haushalt in 2017 um ca. 500.000 € zu gering und in 2018 um ca. 340.000 €. Falls die Zahlen stimmen, wäre das Defizit um knapp 1 Mio. € größer. Können Sie bitte überprüfen, welche Zahlen richtig sind?</p> <p>Antwort der Verwaltung: Durch eine sehr kurzfristige Änderung der vorgesehenen Flüchtlingsaufnahmen wurde der Planansatz reduziert, ohne dass die Erläuterungen angepasst werden konnten. Dies wird in der endgültigen Fassung des Haushaltes 2017/2018 redaktionell nachgeholt. Die Erläuterungen sollen wie folgt lauten:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Asylleistungen (EUR)</th> <th>2017</th> <th>2018</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Leistungen §4 AsylbLG-Krankheit</td> <td>1.516.000</td> <td>1.364.000</td> </tr> <tr> <td>Leistungen §2 AsylbLG-Besondere Fälle</td> <td>661.000</td> <td>595.000</td> </tr> <tr> <td>Leistungen §3 AsylbLG-Grundleistungen</td> <td>3.381.000</td> <td>3.043.000</td> </tr> <tr> <td>Leistungen §6 AsylbLG-Sonstige Leist.</td> <td>34.000</td> <td>31.000</td> </tr> <tr> <td>Leistungen Bildung Teilhabe AsylbLG</td> <td>24.000</td> <td>22.000</td> </tr> <tr> <td>SUMMEN</td> <td>5.616.000</td> <td>5.055.000</td> </tr> </tbody> </table>	Asylleistungen (EUR)	2017	2018	Leistungen §4 AsylbLG-Krankheit	1.516.000	1.364.000	Leistungen §2 AsylbLG-Besondere Fälle	661.000	595.000	Leistungen §3 AsylbLG-Grundleistungen	3.381.000	3.043.000	Leistungen §6 AsylbLG-Sonstige Leist.	34.000	31.000	Leistungen Bildung Teilhabe AsylbLG	24.000	22.000	SUMMEN	5.616.000	5.055.000
Asylleistungen (EUR)	2017	2018																								
Leistungen §4 AsylbLG-Krankheit	1.516.000	1.364.000																								
Leistungen §2 AsylbLG-Besondere Fälle	661.000	595.000																								
Leistungen §3 AsylbLG-Grundleistungen	3.381.000	3.043.000																								
Leistungen §6 AsylbLG-Sonstige Leist.	34.000	31.000																								
Leistungen Bildung Teilhabe AsylbLG	24.000	22.000																								
SUMMEN	5.616.000	5.055.000																								

Gelöscht: ¶

Gelöscht: ¶

Fraktion	Nr.	Anfrage oder Antrag	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
UWG	10	Antrag	1.08.02 Bäder	239	<p>Antrag: Unter Einbeziehung der geschätzten Angaben des SBB, der Afa u. der internen Leistungsbeziehung ergibt sich für das HFB in den Jahren 2017 u. 2018 ein Verlust von rd. 875.000 €. Wir beantragen daher eine Kostenermittlung für den Transport und die Kosten für den Schwimmunterricht in einem benachbarten Schwimmbad.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Alle 12 städtischen Schulen nehmen mit insgesamt 774 Schülerinnen und Schülern am Schulschwimmen teil. Kosten 2015: rund 200.000 € Der Transport erfolgt durch Sonderfahrten, die von der Fa. Tücks im Rahmen des Vertrages für den Schülerspezialverkehr pauschal abgerechnet werden. Für das AvH-Gymnasium, die Europaschule und die Grundschule Bornheim ist ein Bustransfer wegen der Nähe zum Schwimmbad nicht erforderlich. Im Zusammenhang mit der Anfrage der UWG-Fraktion wurden die Schwimmbäder der Nachbarkommunen aus Brühl, Wesseling und Bonn nach freien Schwimmkapazitäten abgefragt. Alle infrage kommenden Bäder können keine ausreichenden Kapazitäten für das Schulschwimmen Bornheimer Schüler zur Verfügung stellen.</p> <p>Beschlussentwurf Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel: Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>

2. Verwaltungsseitige Änderungen

Die verwaltungsseitigen Änderungen betreffen die Produktgruppen 1.01.17 "Inklusion und Demographie", 1.03.01 "Grundschulen", 1.03.05 "Förderschulen", 1.05.02 "Soziale Leistungen", 1.05.03 "Asylleistungen" und 1.05.04 "Unterhaltsleistungen".

In der Produktgruppe 1.01.17 "Inklusion" wurden Fördermittel des Landes (76.000 €) angesetzt, die zuvor aufgrund der Verfügung des IT NRW in der Produktgruppe 1.16.01 "Allgemeine Finanzwirtschaft" veranschlagt worden waren.

Die Planansätze in den Produktgruppen 1.03.01 "Grundschulen" und 1.03.05 "Förderschulen" sind aufgrund der erfolgten Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Offenen Ganztagschulen (gem. Beschluss zu Vorlage Nr. 336/2016-4) angepasst worden. Darüber hinaus sind die investiven Planansätze für die Ausstattung der Sekundarschule Merten und der Europaschule erhöht worden (siehe Änderungsliste investiv).

Asylleistungen werden ab dem Haushaltsjahr 2017 in einer eigenständigen Produktgruppe (1.05.03; vorher 1.05.02) abgebildet. Dies erleichtert die Darstellung von Zielen und Kennzahlen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung.

Aufgrund der aktuellen Flüchtlingsentwicklung ergeben sich Anpassungsbedarfe, die sowohl den Ertrags- als auch den Aufwandsbereich betreffen. Den Erträgen aus Zuwendungen liegt die Absicht der Landesregierung zu Grunde, pro Flüchtling und Jahr einen Betrag in Höhe von 10.000 € pauschal zu erstatten. Bei den Benutzungsgebühren für Flüchtlingsunterkünfte wird der Personenkreis zu Grunde gelegt, der keinen Leistungsanspruch nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz hat und zugleich Wohnraum in Anspruch nimmt. Die Aktualisierung der Gebührensatzung erfolgt derzeit. Die Transferaufwendungen sind an die aktuelle Entwicklung der Flüchtlingszahlen anzupassen.

Im Bereich der Unterhaltsleistungen (1.05.04) sind die Planwerte auf Grund beabsichtigter gesetzlicher Änderungen angepasst worden. Nach den jüngsten Informationen des Städte- und Gemeindebundes ist das Gesetzgebungsvorhaben zur Ausweitung des Unterhaltsvorschusses u.a. auf Grund des kommunalen Widerstandes nicht abgeschlossen worden. Zwischen Bund und Ländern müssen offenbar noch Fragen der Finanzierung geklärt werden, so dass die Daten ggf. im Januar 2017 noch einmal aktualisiert werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erwarten, dass das Gesetzesvorhaben zum 01.01.2017 in Kraft treten wird. Die Verwaltung wird zur Sitzung über den aktuellen Stand informieren.

Die verwaltungsseitigen Änderungen sind in den nachfolgenden Tabellen dargestellt.

Änderungsliste 2017-2021		STADT BORNHEIM Haushaltsplan 2017/2018										Stand: 02.12.2016				
Erträge und Mehrerträge: negativ (minus)		Änderungsliste für den Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel														
Aufwendungen und Mehraufwendungen: positiv																
Produktbereich und -gruppe; Seite und Zeile im Haushaltsplan	Erläuterungen	Entwurf 2017	Änder. 2017	SUMME 2017	Entwurf 2018	Änder. 2018	SUMME 2018	Entwurf 2019	Änder. 2019	SUMME 2019	Entwurf 2020	Änder. 2020	SUMME 2020	Entwurf 2021	Änder. 2021	SUMME 2021
Produktbereich 1.01 Innere Verwaltung																
10117 Inklusion und Demografie S. 102																
Zeile 2 Zuwendungen u. allgemeine Umlagen	Zuweisungen des Landes für die Förderung der Inklusion	0	-76.000	-76.000	0	-76.000	-76.000	0	-76.000	-76.000	0	-76.000	-76.000	0	-76.000	-76.000
SUMME Inklusion und Demografie			-76.000			-76.000			-76.000			-76.000			-76.000	
Produktbereich 1.03 Schulträgeraufgaben																
10301 Grundschulen S. 144																
Zeile 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Zuweisung des Landes; Anpassung der Zuweisungen aufgrund geänderter Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen ab dem 01.08.2016	-1.041.643	25.879	-1.015.764	-1.041.643	25.879	-1.015.764	-1.041.643	25.879	-1.015.764	-1.041.643	25.879	-1.015.764	-1.041.643	25.879	-1.015.764
Zeile 4 Öffentlich-rechtl. Leistungsentgelte	OGS-Elternbeiträge; Anpassung aufgrund geänderter Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen	-554.280	-198.696	-752.976	-554.280	-198.696	-752.976	-554.280	-198.696	-752.976	-554.280	-198.696	-752.976	-554.280	-198.696	-752.976
Zeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleist.	OGS-Garantiebeiträge an Träger; Anpassung aufgrund geänderter Gebührensatzung	670.500	145.980	816.480	670.500	145.980	816.480	670.500	145.980	816.480	670.500	145.980	816.480	670.500	145.980	816.480
Zeile 15 Transferaufwendungen	Weiterleitung der OGS-Landeszuweisungen an Träger (korrespondiert mit Zeile 2)	1.048.195	-25.879	1.022.316	1.048.013	-25.879	1.022.134	1.048.013	-25.879	1.022.134	1.048.077	-25.879	1.022.198	1.048.141	-25.879	1.022.262
SUMME Änderungen 10301 Grundschulen			-52.716			-52.716			-52.716			-52.716			-52.716	
10305 Förderschulen S. 161																
Zeile 4 Öffentlich-rechtl. Leistungsentgelte	OGS-Elternbeiträge; Anpassung aufgrund geänderter Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen	-18.000	-7.896	-25.896	-18.000	-7.896	-25.896	-18.000	-7.896	-25.896	-18.000	-7.896	-25.896	-18.000	-7.896	-25.896
Zeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleist.	OGS-Garantiebeiträge an Träger; Anpassung aufgrund geänderter Gebührensatzung	27.000	5.400	32.400	27.000	5.400	32.400	27.000	5.400	32.400	27.000	5.400	32.400	27.000	5.400	32.400
SUMME Änderungen 10305 Förderschulen			-2.496			-2.496			-2.496			-2.496			-2.496	
Produktbereich 1.05 Soziale Leistungen																
10502 Soziale Einrichtungen und Leistungen S. 196																
Zeile 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen:	Zuweisungen des Landes für Flüchtlingsbetreuung; umgeplant zu Produktgruppe 1.05.03 Asylleistungen; Rest verbleibt für Senioren und Integration	-8.000.000	7.966.000	-34.000	-7.200.000	7.166.000	-34.000	-6.720.000	6.686.000	-34.000	-6.432.000	6.398.000	-34.000	-6.259.200	6.225.200	-34.000
	Sonstige Transfererträge - Rückzahlungen von Leistungsempfängern; teilweise umgeplant zu Produktgruppe 1.05.03 Asylleistungen; Rest verbleibt für Senioren und Integration	-50.000	15.000	-35.000	-40.000	8.500	-31.500	-35.000	6.020	-28.980	-30.000	2.469	-27.531	-30.000	3.295	-26.705
Zeile 4 Öffentl.-rechtliche Leistungsentgelte	Benutzungsgebühren für Flüchtlingsunterkünfte; umgeplant zu Produktgruppe 1.05.03 Asylleistungen	-580.000	580.000	0	-700.000	700.000	0	-700.000	700.000	0	-700.000	700.000	0	-700.000	700.000	0
Zeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Unterhaltung Betriebs- und Geschäftsausstattung; Erwerb GWGs, Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen, Sonstige Sach- und Dienstleistungen, SBB-Stadtpauschale; teilweise umgeplant zu Produktgruppe 1.05.03 Asylleistungen; Rest verbleibt für Senioren und Integration	1.256.128	-1.225.600	30.528	1.127.528	-1.098.600	28.928	1.046.128	-1.017.600	28.528	1.003.228	-974.600	28.628	976.329	-947.600	28.729
Zeile 15 Transferaufwendungen	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; vollständig umgeplant zu Produktgruppe 1.05.03 Asylleistungen	5.616.000	-5.616.000	0	5.055.000	-5.055.000	0	4.718.000	-4.718.000	0	4.515.000	-4.515.000	0	4.393.000	-4.393.000	0
Zeile 16 Sonst. ordentl. Aufwendungen	Aus- und Fortbildung, Umschulung - umgeplant zu Produktgruppe 1.05.03 Asylleistungen	1.000	-1.000	0	500	-500	0	500	-500	0	500	-500	0	500	-500	0
SUMME Änderungen 10502 Soziale Einrichtungen und Leistungen			1.718.400			1.720.400			1.655.920			1.610.369			1.587.395	

Änderungsliste 2017-2021			STADT BORNHEIM Haushaltsplan 2017/2018									Stand: 02.12.2016					
Erträge und Mehrerträge: negativ (minus)			Änderungsliste für den Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel														
Aufwendungen und Mehraufwendungen: positiv																	
Produktbereich und -gruppe; Seite und Zeile im Haushaltsplan	Erläuterungen	Entwurf 2017	Änder. 2017	SUMME 2017	Entwurf 2018	Änder. 2018	SUMME 2018	Entwurf 2019	Änder. 2019	SUMME 2019	Entwurf 2020	Änder. 2020	SUMME 2020	Entwurf 2021	Änder. 2021	SUMME 2021	
10503 Asylleistungen (ab 2017) S. 200																	
Zeile 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Zuweisungen des Landes für Flüchtlingsbetreuung; abhängig von der Flüchtlingsanzahl	0	-4.437.384	-4.437.384	0	-4.146.408	-4.146.408	0	-3.886.608	-3.886.608	0	-3.803.472	-3.803.472	0	-3.772.296	-3.772.296	
	Sonstige Transfererträge - Rückzahlungen von Leistungsempfängern (z.B. Mietkautionen, Darlehen)	0	-35.000	-35.000	0	-31.500	-31.500	0	-28.980	-28.980	0	-27.531	-27.531	0	-26.705	-26.705	
Zeile 4 Öffentl.-rechtliche Leistungsentgelte	Benutzungsgebühren für Flüchtlingsunterkünfte	0	-803.144	-803.144	0	-920.820	-920.820	0	-1.038.500	-1.038.500	0	-1.156.175	-1.156.175	0	-1.273.851	-1.273.851	
Zeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleist.	Unterhaltung Betriebs- und Geschäftsausstattung; Erwerb GWGs, Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen, Sonstige Sach- und Dienstleistungen, SBB-Stadtpauschale	0	83.000	83.000	0	69.000	69.000	0	52.000	52.000	0	52.000	52.000	0	52.000	52.000	
	Flüchtlingsbetreuung durch Malteser Hilfsdienst und Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften	0	816.000	816.000	0	840.480	840.480	0	865.694	865.694	0	891.665	891.665	0	918.415	918.415	
Zeile 15 Transferaufwendungen	Leistungen §4 AsylbLG-Krankheit	0	493.560	493.560	0	443.880	443.880	0	411.480	411.480	0	392.120	392.120	0	380.160	380.160	
	Leistungen §2 AsylbLG-Besondere Leistungen	0	438.720	438.720	0	394.560	394.560	0	365.760	365.760	0	349.440	349.440	0	337.920	337.920	
	Leistungen §3 AsylbLG-Grundleistungen	0	1.809.720	1.809.720	0	1.627.560	1.627.560	0	1.508.760	1.508.760	0	1.441.440	1.441.440	0	1.393.920	1.393.920	
	Leistungen §6 AsylbLG-Sonstige Leistungen	0	11.000	11.000	0	9.900	9.900	0	9.100	9.100	0	8.800	8.800	0	8.400	8.400	
	Leistungen Bildung Teilhabe Asyl	0	20.000	20.000	0	18.000	18.000	0	16.200	16.200	0	14.600	14.600	0	13.200	13.200	
Zeile 16 Sonst. ordentl. Aufwendungen	Aus- und Fortbildung, Umschulung	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	
SUMME Änderungen 10503 Asylleistungen (ab 2017)			-1.601.528			-1.693.348			-1.723.094			-1.835.113			-1.966.837		
10504 Unterhaltsleistungen (-vorschuss etc. S 202)																	
Zeile 3 Sonstige Transfererträge	Übergeleitete Unterhaltsansprüche; Steigerung infolge Änderung UVG (Unterhaltsvorschussgesetz)	-55.000	-110.000	-165.000	-55.000	-110.000	-165.000	-55.000	-110.000	-165.000	-55.000	-110.000	-165.000	-55.000	-110.000	-165.000	
Zeile 4 Erträge aus Kostenerstattungen / Umlagen	Erstattungen vom Land; Steigerung infolge Änderung UVG	-200.000	-400.000	-600.000	-200.000	-400.000	-600.000	-200.000	-400.000	-600.000	-200.000	-400.000	-600.000	-200.000	-400.000	-600.000	
Zeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleist.	Erstattungen an das Land; Steigerung infolge Änderung UVG	22.000	44.000	66.000	22.000	44.000	66.000	22.000	44.000	66.000	22.220	43.780	66.000	22.442	43.558	66.000	
Zeile 15 Transferaufwendungen	Andere sonstige soziale Leistungen; infolge Änderung UVG	410.000	820.000	1.230.000	410.000	820.000	1.230.000	430.000	800.000	1.230.000	438.600	791.400	1.230.000	447.372	782.628	1.230.000	
SUMME Änderungen 10504 Unterhaltsleistungen (-vorschuss etc.)			354.000			354.000			334.000			325.180			316.186		

Änderungsliste INVESTIV 2017-2021			STADT BORNHEIM Haushaltsplan 2017/2018									Stand: 16.11.2016					
Ein- und Mehreinzahlungen: negativ (minus)																	
Aus- und Mehrauszahlungen: positiv																	
Projekt	Produktgruppe	Erläuterungen	Entwurf 2017	Änder. 2017	Summe 2017	Entwurf 2018	Änder. 2018	Summe 2018	Entwurf 2019	Änder. 2019	Summe 2019						
5.000461 Sekundarschule Merten Inventar	1.03.02 Haupt-/Sekundarschulen	Ausstattung der Räume mit Möbeln im Zusammenhang mit der Erweiterung der Sekundarschule	310.000	0	310.000	5.450	94.550	100.000	4.500	195.500	200.000						
5.000481 GE Europaschule Inventar	1.03.04 Gesamtschulen	Ausstattung der Räume mit Möbeln im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europaschule	23.750	0	23.750	9.850	0	9.850	9.000	291.000	300.000						
(Keine Änderungen in den Jahren 2020-2021)																	